

Sie lernen zehn Standardprobleme des Kommunalrechts kennen und Sie dürfen sicher sein: Irgendetwas aus diesem Katalog ist in einer Prüfung zum Kommunalrecht immer dabei.

## Bonuskapitel

# Zehn Standardprobleme des Kommunalrechts

**B**estimmte Fallkonstellationen tauchen im Kommunalrecht mit fast mathematischer Sicherheit immer wieder auf. Diese Liste sammelt zehn echte Klassiker – typische Verfahrens- und Zuständigkeitsprobleme –, bei denen viele Bearbeitungen ins Stolpern geraten, und wo die entscheidenden Fehlerquellen liegen.

### Fehler bei Form und Frist der Einladung

Einladungsfehler sind Dauerbrenner. Hat die zuständige Person eingeladen? Wurde die Ladungsfrist eingehalten? War die Tagesordnung vollständig und rechtzeitig bekannt? Erfolgte die Einladung in der vorgeschriebenen Form? Schon kleine Abweichungen können einen Beschluss angreifbar machen.

### Heilung von Verfahrensfehlern

Nicht jeder Fehler führt automatisch zur Unwirksamkeit. Prüfen Sie immer, ob Heilungsvorschriften greifen: Waren alle stimmberechtigten Mitglieder anwesend? Wurde der Fehler überhaupt gerügt? Die saubere Trennung zwischen Fehler und Heilung ist entscheidend.

### Unzulässige Aufgabenübertragung auf den Bürgermeister

Die Vertretung darf nicht jede Entscheidung delegieren. Kernzuständigkeiten – insbesondere Haushalts- und Grundsatzentscheidungen – sind regelmäßig nicht vom Gemeinderat an den Bürgermeister übertragbar. Erfolgt dennoch eine Übertragung, liegt ein klassischer Kompetenzfehler vor.

## **Digitale Zuschaltung ohne Rechtsgrundlage**

Hybridsitzungen sind nur zulässig, wenn Landesrecht und Hauptsatzung sie erlauben. Schauen Sie genau hin, was vor Ort in der Hauptsatzung geregelt wurde! Teilweise werden digitale Zuschaltungen nur für Ausschüsse erlaubt.

## **Fehler bei der Sitzungsleitung**

Leitet eine nicht zuständige Person die Sitzung oder überschreitet der Vorsitzende seine Befugnisse, liegt ein formeller Mangel vor. Die ordnungsgemäße Sitzungsleitung ist Voraussetzung für wirksame Beschlüsse. Sie liegt regelmäßig beim Bürgermeister oder dem Ratsvorsitzenden.

## **Mängel bei der Beschlussfähigkeit**

War die Mehrheit anwesend und das Gremium beschlussfähig? Wurde für den Beschluss eine qualifizierte Mehrheit benötigt. Auch hier liegen Prüfungsfallen. Regelmäßig reichen mehr Ja- als Nein-Stimmen aus.

## **Fehlerhafte Ausschusszuständigkeit**

Entscheidet ein Ausschuss über eine Angelegenheit, die der Vertretung vorbehalten ist, liegt ein Zuständigkeitsfehler vor. Prüfen Sie immer die Grenzen zulässiger Delegation. Es gibt Themen, die ein Ausschuss nicht entscheiden darf.

## **Unzulässiger Widerspruch des Bürgermeisters gegen einen Beschluss**

Der Bürgermeister darf Beschlüsse der Vertretung nicht nach Belieben blockieren. Ein Widerspruch ist nur unter den gesetzlich vorgesehenen Voraussetzungen zulässig, in der Regel ist das ein rechtswidriger Beschluss. Politisch motivierte Blockaden führen zu einem Kompetenzkonflikt und sind rechtlich unzulässig.

## **Fehler bei Abstimmung und Wahlen**

Wurde korrekt abgestimmt? In der Regel muss offen abgestimmt werden. Nach Landesrecht kann es Ausnahmen geben und unter bestimmten Voraussetzungen werden auch geheime Abstimmungen zugelassen. Und Vorsicht: Wahlen sind grundsätzlich geheim.

## **Fehler bei Bekanntmachung und Inkrafttreten von Satzungen**

Eine Satzung ist nur wirksam, wenn sie ordnungsgemäß bekannt gemacht wird. Formfehler bei der Veröffentlichung oder beim Inkrafttreten gehören zu den beliebten Endproblemen in Klausuren.